



Detailansicht des Registereintrags

Landesverband der Privatkliniken in Rheinland-Pfalz und dem Saarland e.V.

Aktuell seit 06.07.2026 17:07:14

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001617
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	06.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation
Kontaktdaten:	Adresse: Ferdinand-Happ-Str. 53 60314 Frankfurt a. M. Deutschland Telefonnummer: +496959779303 E-Mail-Adressen: sekretariat@vdpk.de Webseiten: www.vdpk.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Christoph Smolenski**
Funktion: Vorsitzender
2. **Jutta Doepner-Saalmann**
Funktion: stellv. Vorsitzende
3. **Thomas Schneider**
Funktion: stellv. Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Aguedita Afemann M.A.**
2. **Dr. Christoph Smolenski**
3. **Jutta Doepner-Saalmann**
4. **Thomas Schneider**

Gesamtzahl der Mitglieder:

31 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V.
2. Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.
3. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Unser Verein vertritt die Interessen der rheinland-pfälzischen und saarländischen Krankenhäuser und Rehabilitationskliniken in privater Trägerschaft gegenüber der Landes- und Bundespolitik.

Wir machen uns stark für ein flexibel und bedarfsgerecht organisiertes Gesundheitssystem, das von Wettbewerb um beste Versorgung, Trägerpluralität und Fairness getragen wird. Wir wirken daraufhin, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Reha- und Krankenhausbetreiber verbessert werden, damit Kliniken Handlungs- und Planungssicherheit haben. Darüber hinaus setzen wir uns für faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Leistungserbringer ein, unabhängig davon, ob es sich um staatliche, kirchliche oder private Träger handelt.

Anlassbezogen organisieren wir für unsere Mitglieder Dialogformate mit politischen Akteuren im Gesundheitswesen sowie Vertretern der Ministerien.

Durch unsere Mitgliedschaft in unserem Dachverband, dem Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V., haben wir zudem einen starken Partner, der auf Bundesebene die Interessen der privaten Klinikträger wahrnimmt. Unsere politische Ansprache auf Bundesebene beschränkt sich daher hauptsächlich auf die Ansprache der rheinland-pfälzischen und saarländischen Bundestagsabgeordneten.

Der Zweck unseres Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet.

Konkrete Regelungsvorhaben (2)

1. Verbesserung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG)

Beschreibung:

Mit dem KHVVG sind weitreichende Änderungen in der Krankenhausplanung und -finanzierung geplant. Im Rahmen unserer Interessenvertretung setzen wir uns gezielt für Anpassungen in zentralen Bereichen ein. Ein wesentlicher Punkt ist die Vorhaltefinanzierung, die in der geplanten Form nicht umgesetzt werden sollte. Ein weiteres zentrales Anliegen ist der Erhalt der spezialisierten Fachkliniken innerhalb der neuen Leistungsgruppenstruktur. Damit diese Einrichtungen auch nach der Reform mit ihrem spezialisierten Angebot bestehen bleiben können, bedarf es spezifischer Ausnahmeregelungen in Bezug auf die Strukturvorgaben.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. Rehakliniken als Träger der praktischen Pflegeausbildung zulassen

Beschreibung:

Reha-Einrichtungen sollen als Träger der praktischen Pflege(fachassistenz)ausbildung zugelassen werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/1493 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung

1. Zuständiges Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung (Vorgang)

Referentenentwurf (BMBFSFJ): Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2508080028 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.08.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

90.001 bis 100.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. Asklepios Südpfalzkliniken GmbH

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[2025_JA-RLP-Saar.pdf](#)